

95A22

Antrag

an das 96. Landeschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: Jannes Hagemeyer, Emma Söncksen, Rasmus Wendt (Stellv. LSS, SV-BBZ Rendsburg-Eckernförde, Stellv. LSS)

Titel: **Echte Beteiligung, statt Abfrühstückung**

Antragstext

- 1 Das LSP möge beschließen
- 2 Die Landesregierung und das für Bildung zuständige Ministerium werden
- 3 aufgefordert darauf hinzuarbeiten, dass das Landeschülerparlament als
- 4 offizielles beratendes Gremium anerkannt wird und bei schulpolitischen Vorhaben
- 5 des Landes verbindlich angehört wird. Stellungnahmen des
- 6 Landeschülerparlaments, vertreten durch den Landesvorstand, sollen vom
- 7 zuständigen Ministerium öffentlich beantwortet werden.

Begründung

Schüler*innen sind unmittelbar von bildungspolitischen Entscheidungen betroffen und müssen daher systematisch beteiligt werden. Eine institutionalisierte Einbindung des Landeschülerparlaments stärkt demokratische Prozesse, erhöht die Akzeptanz politischer Entscheidungen und verbessert deren Praxisnähe.